

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben schon in den letzten 2 Jahren das Wort Flickenteppich benutzt, dieses Wort wird aber nicht ansatzweise der katastrophalen Lage in den Kindertagesstätten gerecht. Es hat uns erschüttert, dass in der heutigen PK lediglich 2 Sätze zum Bereich Kita gefallen sind. So stellt sich die aktuelle Situation aus unserer Sicht dar:

Die Schilderungen des Personals sind ernüchternd. Es findet, wenn überhaupt nur noch eine Betreuung in den Kindertagesstätten statt. Von frühkindlicher Bildung kann schon lange nicht mehr die Rede sein. Die Kitaleitungen gehen unter in zusätzlichen Verwaltungsaufwänden und dem zusätzlich zu vertretendem Personal, welches krankheitsbedingt fehlt. Die Betreuungszeiten sind vielerorts bereits auf ein Minimum von 5 Std. runtergefahren, wenn nicht gerade Kitagruppen komplett geschlossen sind wegen Personalmangel. Damit sind auch Eltern mit Ganztagsbetreuung betroffen, die ihrer Arbeit nur noch eingeschränkt nachgehen können.

Die Gesundheitsämter ordnen in Coronafällen entweder Quarantäne oder das ABIT Verfahren an. Beides sorgt für Unmut. Insbesondere im Krippenbereich. Die Eltern zahlen teilweise bis zu 677 Euro Krippengebühren im Monat und sind dann doch durch Schließungen oder Quarantäne für Wochen von der Einrichtung ausgeschlossen. Das Geld dürfen sie dennoch zahlen, es sei denn der einzelne Träger hat hier eine familienfreundliche Regelung gefunden, was leider der absolute Ausnahmefall ist. Und das in einem Haushalt in dem das Einkommen sich durch Quarantäne bzw. der Betreuung zuhause eh reduziert.

Das ABIT Verfahren gilt zwar auch im Krippenbereich, die Eltern erhalten aber dennoch keine Testkits, sondern müssen an allen 5 Tagen ein Testzentrum aufsuchen, was für die Abnahme von Tests bei Kleinkindern ausgerichtet ist. Das lässt sich insbesondere im ländlichen Bereich schwer organisieren und ist mit erheblichen Zeiteinbußen verbunden.

Dass die Testkits nicht kindgerecht sind, wurde von uns bereits angemerkt. Aktuell sind flächendeckend in Niedersachsen Tests durch Nasenabstrich im Umlauf. Die Nasenlöcher von 3-Jährigen sind kleiner als bei Erwachsenen, daher sind die derzeit bereitgestellten Tests nur bedingt nutzbar. Darüber hinaus sind einige Tests bereits vom Hersteller nicht für die Anwendung bei Kleinkindern vorgesehen.

Zum Unmut aller kämpfen die Eltern darum, dass Quarantänebescheide der Kinder von ihren Arbeitgebern anerkannt werden. Teils muss zusätzlich eine Krankschreibung erwirkt werden, damit die Eltern zuhause bleiben und ihre in Quarantäne befindlichen Kleinkinder betreuen können.

Noch beunruhigender ist, dass Kontaktpersonen von corona-positiven Kindern – sofern sie geboostert sind - arbeiten müssen, es sei denn der Arbeitgeber stellt diese von sich aus frei. Diese Freistellungen werden jedoch von vielen Arbeitgeber nicht ausgesprochen.

Die stete Verunsicherung der Verordnung, Regeln und Verboten lassen alle Beteiligten ratlos zurück.

Unter diesem Aspekt stellt sich die Frage ob es noch verantwortbar ist, die Kindertagesstätten, um jeden Preis offen zu halten. Nach den aktuellen Eindrücken nehmen wir mehr Schaden als dass es Kindern, Eltern, Kitapersonal hilft.

Wir fordern daher nochmals, dass zukünftig Maßnahmen in Absprache mit den Betroffenen wie Eltern getroffen werden, um auch sicherzustellen, dass diese entsprechend umsetzbar sind. Nicht alleine die Trägerverbände sollten gehört werden zu der Frage, wann Maßnahmen nötig oder unnötig sind, sondern eben alle handelnden und betroffenen Akteure. Hier fordern wir ganz klar, dass wir Eltern auch gefragt werden müssen, wann nach unserer Einschätzung die vulnerable Gruppe unserer Kinder geschützt ist und wann nicht. Wir fordern, dass Ziff. 12 aus dem gestrigen MPK-Beschluss kein Lippenbekenntnis bleibt, sondern, dass hier kurzfristig Maßnahmen Ihrerseits ergriffen werden zum einen um sofort die Folgen der Pandemie auch für die Kita-Kinder abzumildern aber auch, dass endlich präventive Maßnahmen z.B. in der räumlichen, baulichen und personellen Ausstattung der Kitas ergriffen werden, um für die angekündigte Welle im Herbst zumindest 2022 gewappnet zu sein. Nach dem Sommer 2020 und dem Sommer 2021 darf nicht auch noch der Sommer 2022 zu Lasten der Kinder verschlafen werden.

Der Vorstand